

AKTION GEGEN DIE UNTERBEZAHLUNG VON LEHRKRÄFTEN



*Berliner Honorarlehrkräfte und Gewerkschaften fordern eine bessere Absicherung und die Erfüllung der UNESCO-Standards für Dozent*innen.*

Am Weltlehrer*innentag, 5. Oktober 2017, werden wir Honorarlehrkräfte in Berlin erneut gegen Unterbezahlung und mangelnde soziale Absicherung demonstrieren. Aufgerufen sind auch angestellte Lehrer*innen in befristeten und schlecht bezahlten Anstellungen. Die Gewerkschaften GEW BERLIN, ver.di Berlin-Brandenburg sowie die Deutsche Orchestervereinigung (DOV) unterstützen die Aktion.

Wir werden an Tischen vor dem Brandenburger Tor mit Wasser und Brot auf unsere Lage aufmerksam machen. Jeder kann Becher, Gläser, Wasser und Brot mitbringen. Zudem gibt es publikumswirksame Unterhaltung und Musik.

Der Weltlehrer*innentag erinnert an die "Charta zum Status der Lehrerinnen und Lehrer", die 1964 von der UNESCO und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) angenommen wurde. Demnach sollen Lehrer*innen unabhängig von der Schulart vergleichbar vergütet und sozial abgesichert werden.

Aber für uns freiberufliche Lehrkräfte in Deutschland gilt das nicht. Trotz guter Ausbildung werden wir miserabel bezahlt und sind weder bei Krankheit noch im Alter ausreichend abgesichert. Nach jahrzehntelanger Vollzeitarbeit und Einzahlung in die Rentenkasse ernten wir Altersarmut: um die 500 Euro Rente pro Monat.

Wir werden als Lehrkräfte zweiter Klasse behandelt. Doch unsere Arbeit ist wichtig und unentbehrlich.

- in Kursen für Integration, Alphabetisierung und Beruf im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
- in Bildungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit
- an Musikschulen und Volkshochschulen des Landes Berlin
- an Hochschulen als Lehrbeauftragte im Land Berlin

Ort und Zeit:

Wo? Brandenburger Tor, Pariser Platz, 10117 Berlin

Wann? Donnerstag, 5. Oktober 2017
von 12.30 Uhr bis 14.30 Uhr



- in Willkommensklassen an Schulen im Land Berlin
- an Goethe-Instituten
- an privaten Sprachschulen – u.a. Integrations- und Berufskurse im Auftrag der Bundesregierung
- an freien Trägern der allgemeinen, politischen und beruflichen Bildung

Wir fordern die UNESCO-Standards. Für uns. Sofort.
→ Festanstellung gemäß Qualifikation und Tätigkeit

Bei Freiberuflichkeit:

- Vergütung pro Unterrichtseinheit wie angestellte Lehrkräfte mit vergleichbarer Tätigkeit
- Regelmäßige Honorar-Erhöhen
- Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche Dozent*innen (aktuell an VHS u. Musikschulen in Berlin)
- 100% Ausfallzahlung bei Krankheit
- Mutterschutz und Elternzeit mit Wiedereinstiegsrecht
- Beteiligung der Auftraggeber*innen an der Sozialversicherung
- Rente auf Lehrer*innen-Niveau
- Personalvertretungsrechte

Koordination der Berliner Honorarlehrkräfte - mit Unterstützung von ver.di Berlin-Brandenburg, GEW BERLIN und Deutsche Orchester-Vereinigung (DOV)



BERLINER HONORARLEHRKRÄFTE: BAGGERN AUF BUNDESEBENE

Die Koordination der Berliner Honorarlehrkräfte ist eine unabhängige Initiative, die Dozent*innen aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen versammelt. Unser Ziel ist es, gemeinsame Anliegen in der Politik zu vertreten und uns gegenseitig zu unterstützen. Wir arbeiten mit den Gewerkschaften GEW BERLIN, ver.di Berlin-Brandenburg und der Deutschen Orchestervereinigung (DOV) zusammen.

Wir haben viele Gespräche mit Politiker*innen im Land Berlin und auf Bundesebene geführt. Sie betonen zwar, dass sie unsere Arbeit wertschätzen und dass ein Honorar unter 60 Euro pro Unterrichtsstunde für uns nicht wirtschaftlich sei. Aber verbessert hat sich nicht viel.

2017 haben wir uns an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, an das Bundesgesundheitsministerium sowie an Abgeordnete der Fraktionen im Bundestag gewandt. Dabei haben wir gefordert:

1) Zeitfenster für nachzahlungsfreien Eintritt in die Rentenversicherung

Freiberufliche Lehrkräfte sind im Gegensatz zu vielen anderen Freiberufler*innen rentenversicherungspflichtig. Aufgrund der niedrigen Honorare zahlen viele nicht in die Rentenkasse ein. Bei den geforderten Nachzahlungen für mehrere Jahre droht ihnen Insolvenz. Diese Situation muss sozial verträglich legalisiert werden.

2) Beteiligung der auftraggebenden Einrichtung an Renten- und Krankenkassen-Beiträgen

Diese Beiträge, Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil, müssen wir selbst bei jahrelanger Beschäftigung für eine Institution alleine aufbringen.

3) Senkung der Mindestbeiträge der Krankenkassenversicherung

Einkommensbeispiel:

VHS Berlin: Bei freiberuflichem Vollzeiteinsatz als freiberufliche Lehrkraft mit Hochschulabschluss: etwa 1400 Euro im Monat netto nach Abzügen. Unsicher, jederzeit kündbar.

Rentenaussicht: Etwa 600 Euro nach jahrzehntelanger Vollzeitarbeit und Einzahlung in die Rentenkasse.

Das derzeit fiktiv angenommene Mindesteinkommen für Selbstständige ist zu hoch angesetzt und führt zu extrem hohen Krankenkassenbeiträgen für viele von uns.

Von den Ministerien bekamen wir bisher keine positiven Antworten. Aber die Grünen-Fraktion im Bundestag hat im Juni 2017 ein Fachgespräch organisiert - mit Rentenexperten von GRÜNEN, LINKE und SPD. Fazit: Sie wollen mit uns im Gespräch bleiben und nach Lösungen suchen. Die Senkung der Mindestbeiträge zur Krankenkasse fand sofort bei den drei Fraktionen Zustimmung.

Volkshochschulen und Musikschulen in Berlin: Rot-Rot-Grün will bessere Arbeitsbedingungen schaffen. Aber wann? Und welche?

Einen Hoffnungsschimmer gibt es für die Berliner Musikschul- und VHS-Dozent*innen. Die rot-rot-grüne Landesregierung will höhere Honorare für freiberuflich Lehrende zahlen und tarifvertragliche Regelungen zur sozialen Absicherung für arbeitnehmerähnliche Dozent*innen vereinbaren, die den meisten Unterricht schultern. Zudem will die Regierung dort 20 Prozent Festanstellungen für Daueraufgaben bis 2021 schaffen. Doch das muss noch in vielen Details erstritten werden.

